



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung II Punkt 18 der öffentlichen Sitzung am 13. Februar 2025

Antrags-Nr. 25-F-63-0007

Rechtsschutz für Ortsbeiratsmitglieder sicherstellen

- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 29.01.2025 -

Damit sie in der Ausübung ihres Mandats nicht durch juristische Vorgänge (z.B. Unterlassungsklagen) eingeschüchtert und eingeschränkt werden, ist es von grundlegender Bedeutung für ihre politische Arbeit, dass sie Rechtsbeistand für Tätigkeiten im Rahmen ihrer Mandatsausübung erhalten. Für die Stadtverordneten gilt dies seit etwa zwei Jahren (s. Beschluss Nr. 0520 der Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2022¹). Diese Regelung soll für Mitglieder der Ortsbeiräte übernommen werden.

Der Ältestenrat wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat möge:

1. Ein Konzept für eine Sicherstellung des Rechtsschutzes für Ortsbeiratsmitglieder und Mitglieder der Beiräte, welches sich am Beschluss 0520 der Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2022 orientiert, vorzulegen und die möglichen Mehrkosten darzustellen.
2. Das Konzept soll dem Ältestenrat und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Beschluss Nr. 0019

Der Antrag wird angenommen.

(antragsgemäß Ältestenrat 06.02.2025 BP 0004)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, 13.02.2025
im Auftrag

Dr. Heimlich

¹<https://piwi.wiesbaden.de/dokument/v/3039083>

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, 13.02.2025
im Auftrag

Dezernat I/10
mit der Bitte um Kenntnisnahme
Dezernat I/16
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Bock